

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.4.1927 (No. 93)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Koenig,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsverfügung, Verhaftung, Kontopfändungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschreibung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Das Finanzjahr 1926/27 (vom 1. April 1926 bis 31. März 1927) hat im Reich mit einem Überschuss gegenüber dem Voranschlag von rund 489 Mill. M. abgeschlossen, der zum größten Teil aus Zolleinnahmen herrührt. Davon erhalten die Länder rund 275 Millionen und von dem Reich verbleibenden 214 Mill. ist ein Betrag von 200 Mill. bereits durch Reichstagsbeschluss in den neuen Etat 1927/28 eingeseht. Die Gesamteinnahmen betragen 7174 Millionen Mark. Von den Steuern hat die Einkommensteuer den Erwartungen entsprochen. (Voranschlag 2100 Mill., Aufkommen 2253 Mill.). Die Körperschaftsteuer ergab 382 Mill. gegen einen Voranschlag von 250 Mill. Die Vermögenssteuer blieb zurück 359 Mill. gegen 400 Mill., ebenso Erbschaftsteuer 34,6 Mill. gegen 60 Mill. und Umsatzsteuer 864,7 gegen 974 Mill. Mehreinnahmen erbrachten u. a. ferner die Kraftfahrzeugsteuer 105,1 Mill. gegen 70 Mill., Versicherungssteuer 46 Mill. gegen 36 Mill. Den größten Mehrertrag brachten wie gesagt, die Zölle, 940,4 Mill. gegen 580 Mill., die Tabaksteuer brachte 712 Mill. gegen 655 Mill. Auch das Branntweinmonopol brachte ein Mehr von 55 Mill. gegen den Voranschlag. Das Mehraufkommen an der Börsenumsatzsteuer zeigt den günstigen Verlauf des Börsenjahres.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Etat sehr vorsichtig aufgestellt war, zumal im Verlaufe des Etatsjahres noch nachträglich die Einnahmen um 220 Mill. erhöht wurden. Nur wenig besagen die Zahlen über Wert und Umwert des gegenwärtigen Steuersystems selbst. Es sei hier nur an die Kürzlichkeit von uns wiedergegebenen Ausführungen des Abg. Diez (Radolfzell) über die Branntweinbesteuerung erinnert, die viel höhere Erträge bringen könnte, wenn das Branntweinmonopol nicht lediglich als Preisbildung für die norddeutschen Brennereien eingerichtet wäre. Auf die Mängel bei der Erhebung der direkten Steuern hat der Reichsfinanzminister selbst hingewiesen und bereits vor dem endgültigen Finanzausgleich Reformen in die Wege geleitet. Außerdem zeigt uns freilich das Ergebnis des Finanzjahres, daß trotz aller noch vorhandenen Mängel des Steuerwesens der Wiederaufbau der Finanzen und der Wirtschaft im Fortschreiten ist. Dabei stand das Jahr unter dem Zeichen der Steuerensenkung, die sich damit als gerechtfertigt erwiesen hat.

Die deutsche Handelsbilanz im März hat sich wie aus den an anderen Stellen wiedergegebenen Ziffern ersichtlich ist, im Vergleich zum Februar gebessert, wenn sie auch mit einem Einfuhrüberschuß im Werte von 244 Mill. Mark (Februar 339 Mill. Mark) weiter sehr bedenklich passiv geblieben ist. Erfreulich ist die Steigerung der Ausfuhr, die allerdings zum Teil wohl auch saisonbedingt war. Die Einfuhr gewerblicher Rohstoffe hat vielfach eine kräftige Steigerung erfahren, es kommt darin die bessere Beschäftigung unserer Industrie zum Ausdruck. Die Zunahme der Fertigwarenausfuhr (um 59 Mill.) erstreckt sich auf Textilwaren, Walzwerkzeugnisse, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Artikel, Chemikalien, Farben und Pelze.

Der Rückgang der Arbeitslosenziffern — er beträgt zwischen 1. März und 1. April rund eine halbe Million, auch wenn man die Krisenunterstützten einrechnet — straft fast die kürzliche Mitteilung des Instituts für Konjunkturforschung, daß der Aufschwung der Wirtschaft „nur zögernd fortschreite“, Lügen. Es ist allerdings nicht zu vergessen, daß gegenwärtig die Landwirtschaft und der Baumarkt große Mengen freier Arbeitskräfte aufnehmen. Aber auch in einer Reihe anderer Industrien, vor allem in der elektrischen, Textil- und Metallindustrie zeigen sich kräftige Besserungssymptome. Einschließlich der Krisenunterstützten hatten wir Anfang März über 2 Millionen Arbeitslose und ihre Zahl betrug am 1. April knapp 1 1/2 Millionen. Dabei hat außerdem die Kurzarbeit nach der Statistik der Gewerkschaften zweifellos abgenommen. Auch ein Vergleich mit den Verhältnissen des Vorjahres zeigt eindeutig die Besserung, denn die Ziffer der Bollerwerbslosen lag am 1. März 1926 um rund 300 000 höher als am 1. März 1927. In diesem Jahr zeigt sich die Besserung darin, daß am 1. April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 700 000 niedriger war als zu Beginn des Jahres.

Wir haben freilich immer noch 1 1/2 Millionen Arbeitslose, eine inhaltsschwere Zahl, die, wie alle statistischen Zahlen jedoch auch nicht nur nackt betrachtet werden darf. Es darf nämlich die Zunahme der erwerbstätigen Frauen und der Zusammenbruch des Kleinrentnerstandes nicht übersehen werden, wenn wir die heutigen Verhältnisse mit denen der Vorkriegszeit vergleichen. Man kann annehmen, daß heute annähernd doppelt so viel Frauen in einer Reihe von Gewerbezweigen tätig sind, als vor dem Krieg. Die gewerbliche Betriebszählung vom 15. Juni 1925 hat u. a. ergeben, daß sich in der Zeit von 1907 bis 1925 der Anteil der Frauen in der Industrie um 36 Proz., in Handel und Verkehr um 42 Proz. erhöht hat. Auch unser stehendes Heer nahm ja in der Vorkriegszeit über eine halbe Million junger Menschen für Jahre auf, und da die Kriegsverluste infolge des Heranwachsenden neuer Arbeitskräfte nicht voll in Erscheinung traten, drückte der Wegfall der allgemeinen Dienstpflicht auf den Arbeitsmarkt.

Natürgemäß kann keine wirtschaftliche Konjunkturbesserung in gleichmäßigem Anstieg vor sich gehen. Ein, wenn auch langamer, Anstieg ist bei verschiedenen Unternehmungszweigen schon seit Anfang des vorigen Jahres zu konstatieren, aber wir wissen, wie die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen zunächst auf die Wirtschaftslage der Arbeitnehmerschaft einwirken mußten. Die Arbeitnehmer beginnen nun erst langsam auf ihrerseits die Besserung der Wirtschaftslage zu verspüren, indem jetzt die Erwerbslosigkeit fühlbar zurückgeht und es ihnen auch gelingt, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Freilich deuten sich bereits auch schon wieder gewisse Folgen dieser Lohnerhöhungen an, die als Rückschläge wirken können. So wird nun mitgeteilt, daß infolge der Erhöhung der Stundenlöhne der Reichsarbeiter, die für die Reichsbahn eine Mehrbelastung von 50 Mill. in diesem Geschäftsjahr bedeuten, im Beschaffungsprogramm Einschränkungen, zum mindesten Streckungen der Lieferfristen in Aussicht genommen werden müßten, trotzdem damit gerechnet werde, daß die Einnahmen den Voranschlag übersteigen werden.

Ein anderes Hemmnis zeigt sich in verschiedenen, die Konjunkturbesserung begleitenden Tendenzen zu Preiserhöhungen, die zusammen mit den notwendigen Mieterhöhungen die Lohnerhöhungen schließlich illusorisch machen müßten. Eine Erhöhung der Eisenpreise, von der in letzter Zeit viel gesprochen wurde, wird ja nun zunächst nicht eintreten, Stahlwerksverband und Rohstoffgemeinschaft haben, nicht zuletzt infolge des Widerstandes der verarbeitenden Industrie, davon abgesehen. Man wies mit Recht darauf hin, daß eine Preiserhöhung mit der nun in der Schwerindustrie durchgeführten Rationalisierung in Widerspruch stehe. Die Zementindustrie hat kürzlich Gerüchte über bevorstehende Preiserhöhungen demontiert und ebenso sind in der Ziegelerzeugung trotz starker Zusammenschlußbewegung bisher nur lokale Preiserhöhungen zu verzeichnen. Gerade von einer stabilen Preislage dieser Produkte hängt die so wünschenswerte Verstärkung der Bautätigkeit in hohem Maße ab. Für die Unternehmungen ist es übrigens wichtig, daß die Preissteigerungen nicht den Konjunkturaufstieg hemmen. Sie müssen sie schon deshalb im eigenen Interesse, auch wo sie sich als unumgänglich erweisen sollten, soweit als möglich begrenzen, denn Rückgang des Konsums würde auch die Rationalisierungsmaßnahmen unwirksam machen und eine solche unzulässige Ausnutzung der Konjunktur müßte sich bald bei den betreffenden Industriezweigen in ihrem Absatz selbst rächen. Das im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft Wünschens- und Erstrebenswerte ist Vergrößerung des Umsatzes bei stetigen Preisen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Entgegen einer Meldung des „B. Z.“ erklärt der „Berl. Lokanz.“, daß von einer Unterbrechung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen aus Anlaß erheblicher Schwierigkeiten nicht gesprochen werden könne. Die Aussetzung der Verhandlungen sei lediglich im Zusammenhang mit dem Osterfest erfolgt. Die Mitglieder der deutschen Delegation, die sich während der Osterfeiertage in Berlin aufhalten haben, haben die Gelegenheit ihrer Anwesenheit in Berlin auch dazu benutzt, sich mit weiteren Instruktionen zu versehen.

Die Gebäudeversicherungsumlage für 1926

Vom Verband bad. Gemeinden wird uns geschrieben: Durch die Tagespresse gingen Artikel, die sich über die Höhe der Gebäudeversicherungsumlage für 1926 mit 18 Pf. von 100 RM. Versicherungssumme ausließen, und die offenbar von städtischer Seite herrührten, denn es wurde Klage über die Prämienungleichheit in der Gebäudeversicherung geführt und die Forderung erhoben, daß alsbald Befreiungsklassen zum Zwecke der Entlastung der städtischen Gebäude eingeführt werden müßten. Es ist dort wörtlich ausgeführt: „Es ist ja eine allgemein bekannte Tatsache, die nicht besonders hervorzuheben zu werden braucht, daß die Brandschäden auf dem Lande und in den kleinen Städten ein Vielfaches von jenen in den Großstädten ausmachen und in einem großen Mißverhältnis zu den in den Land- und kleineren Stadtgemeinden aufkommenden Beiträgen stehen. Woher dies kommt, liegt klar auf der Hand. Einmal ist die Möglichkeit von Großbränden in den Großstädten schon infolge der im allgemeinen massiven und soliden Bauweise weit geringer als auf dem Lande; dann aber verfügen die Großstädte über einen mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestatteten Feuer- schutz, dessen schnelles und sicheres Funktionieren in Brandfällen fast immer größeren Schaden verhilft. Die natürliche Folge davon ist, daß die von der Gebäudeversicherungsanstalt für Brandschäden in Großstädten zu leistenden Entschädigungen nur einen kleinen Bruchteil dessen ausmachen, was die Gebäudeeigentümer dieser Städte an Versicherungsbeiträgen aufbringen. Mit anderen Worten: Die Gebäudeeigentümer der Großstädte zahlen viel zu hohe Umlagen zugunsten jener in den Land- und kleineren Stadtgemeinden. Bei der Würdigung dieser Tatsache darf weiter nicht übersehen werden, daß die Gemeindesteuerzahler und damit größtenteils wieder die Gebäudeeigentümer in den Großstädten durch die gemeindlichen Aufwendungen für das Feuerlöschwesen schwer belastet sind. Es sei z. B. nur darauf hingewiesen, daß die Stadt Karlsruhe für die laufenden Bedürfnisse des Feuerlöschwesens im Jahre 1925 rund 190 000 RM. aufgewendet hat und der voranschlagsmäßige Aufwand hierfür im Jahre 1926 rund 220 000 RM. und für 1927 rund 250 000 RM. betrug. Hierzu kamen in diesen drei Jahren die außerordentlichen Aufwendungen für den Bau eines neuen Feuerwehrgebäudes mit rund 643 000 RM. und den Bau von vier Dienstwohngebäuden mit etwa 332 000 RM. Es sind also, wie man sieht, gewaltige Opfer, die auch auf diesem Gebiete die Großstädte im Endes zugunsten der ländlichen Bezirke bringen. Ist es unter solchen Umständen unbillig, wenn die Gebäudeeigentümer der Großstädte die jetzige Umlage als eine große Last empfinden und ihre Herabsetzung verlangen? Sicherlich nicht!“

Hierzu ist folgendes zu sagen: Bis zum Jahre 1902 bestand in der Gebäudeversicherung das sogenannte Ortsklassensystem, das die einzelnen Gemeinden je nach der Höhe der ausbezahlten Brandentschädigungen in mehrere Klassen mit verschiedenen Prämienhöhen eingeteilt hat. Dieses System ist aber, da es sich keineswegs bewährt hat, durch das Gebäudeversicherungsgezet vom Jahre 1902 zugunsten einer völligen Prämienungleichheit aufgehoben worden, nachdem der erweiterte Verwaltungsrat der ehemaligen Generalbrandkasse am 14. Januar 1902 einstimmig die Aufhebung beschlossen hatte. Zur Begründung wurde dem Sinne nach angeführt:

1. Die staatliche Gebäudeversicherungsanstalt ist ihrem Zweck und Wesen nach eine Anstalt für das ganze Land, ein Institut staatlicher sozialer Fürsorge, welche auf die Solidarität der Interessen von Stadt und Land gegründet ist, und bei welchem das Unterstützungsprinzip gegenüber dem reinen Versicherungsprinzip, das Leistung und Gegenleistung streng abhebt, in den Vordergrund treten muß.
2. Ein nach versicherungstechnischen Grundsätzen konsequent durchgeführtes Gefahrenklassensystem, das sämtliche für die Beurteilung der Feuergefahr eines Gebäudes in Betracht kommenden objektiven und subjektiven Momente entsprechend berücksichtigt, wie es bei der Privatfeuerversicherung die Regel ist, paßt nicht in den Rahmen einer staatlichen Feuerversicherung, denn die Verwaltung der Anstalt wäre dadurch nicht nur erheblich verteuert, sondern auch verunmündlicht.
3. Wenn die Eigentümer der großstädtischen Gebäude im Vergleich zur Gefahrengröße wirklich eine höhere Prämie zu zahlen haben als die Bewohner des flachen Landes, so muß berücksichtigt werden, daß die Städte ihrerseits dem Land so manche Ursache ihres Wohlstandes zu danken haben, so daß schon die Billigkeit von ihnen fordert, zur Unterstützung anderer minderbegüterter Landesteile beizutragen. Sehr viele und wertvolle Staats Einrichtungen in den großen Städten werden nämlich auf gemeinsame Kosten sämtlicher Steuerzahler unterhalten, so daß auch hierdurch schon eine relativ geringe Mehrbelastung gerechtfertigt ist.

Das sind Gründe, die zweifellos auch heute noch stichhaltig sind und bei Beurteilung der Dinge Beachtung finden müssen. Nun kommt aber noch hinzu, daß der Einführung von Befreiungsklassen die Neueinschätzung eines jeden einzelnen Gebäudes vorausgehen muß, die im ganzen, wie amtlich angegeben wird, einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren erfordert und einen gewaltigen Millionenaufwand verursachen wird, den man sich jedoch nur leisten kann, wenn der erstrebte Erfolg in jeder Beziehung gesichert ist. Welches ist aber dieser Erfolg? Die städtischen Hauseigentümer werden zwar einen geringen Teil an eigentlichen Prämien ersparen, dafür aber ein Vielfaches für Verwaltungskosten entrichten müssen. Die Höhe der Umlage würde sich dadurch noch weiter steigern, während doch in Wirklichkeit eine Entlastung beansprucht wird. Aber abgesehen davon sind die Risiken in den kleineren Städten

Mit der Beilage: 24. Antiklicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

gemeinden und in den Landgemeinden überhaupt nicht viel größer als in den Großstädten, weil fast überall auf dem Lande massive Gebäude mit Hartdachung in offener Bauweise vorhanden sind, die nicht wesentlich höher zur Prämie bezogen werden können als die städtischen Gebäude. Die Holzbauten mit Weichdachung auf dem Schwarzwald, die in der Hauptsache für eine höhere Prämie in Betracht kämen, machen heute höchstens 12 Proz. des gesamten Versicherungsanschlages aus und verringern sich von Tag zu Tag, so daß sie eine wesentliche Entlastung der städtischen Eigentümer nicht bringen werden. Die oftmals aufgestellte Behauptung, daß die Städte die Gebäudeversicherungsumlage für die Landbewohner tragen, ist hiernach durchaus nicht richtig, wenn auch zugegeben werden soll, daß die Städte gut ausgebildete Berufsfeuerwehren besitzen, welche die ausgebrochenen Brände meistens im Entstehen löschen. Andererseits ist aber zu beachten, daß auch auf dem Lande nach und nach die Schindel- und Strohdächer völlig verschwinden und massiven Bauten mit Hartdachung Platz machen, daß die Petroleumlampe durch das elektrische Licht ersetzt wurde, daß überall gute Brunnenanlagen bzw. Wasserleitungen und in letzter Zeit auch Automobilsprützen, in der Regel von mehreren Gemeinden angeschafft, vorhanden sind, die meistens ebenso rasch zur Stelle sind wie in den Städten. Man überschätzt also stark den Unterschied im Risiko nach den Bauarten zwischen Stadt und Land. Wie kommt es nun aber, daß trotzdem die Gebäudeversicherungsumlage mit 18 Pf. verhältnismäßig hoch ist und wer hat in der Tat den Vorzug der Prämienvergleichheit?

Die staatlichen und privaten Gebäudeversicherungsanstalten Norddeutschlands, die konkurrierend nebeneinander bestehen (ein Versicherungsamt bei der staatlichen Anstalt besteht dabei nicht), versichern die Gebäude im allgemeinen zu den gleichen Sätzen wie die Rohnisse, mitunter noch etwas billiger. Dort werden für 100 RM. Versicherungswert bezahlt:

- a) für Gebäude ohne gefahrerhöhende Gewerbe- oder Landwirtschaftsbetriebe in Städten mit guten Lösungsverhältnissen 3,5-4 Pf.
- b) für die gleichen Gebäude in Städten mit weniger guten Lösungsverhältnissen und auf dem Lande 5-6 Pf.

Die große Masse der Gebäude ohne gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieb müßte hiernach mit 3,5-6 Pf. zur Prämie herangezogen werden und nur für etwa 12 Proz. (Holzbauten, Schindeldächer) betrüge der Prämienfuß mehr, während die bauliche Gebäudeversicherungsumlage bekanntlich allgemein auf 18 Pf. festgesetzt ist. Auf dem Gebiet der privaten Feuerversicherung, die streng nach versicherungstechnischen Grundsätzen verfährt, ist aber, und hierin liegt das Entscheidende, die Bauart nicht so sehr von Bedeutung als die Verwendungsart der einzelnen Gebäude, weil Gewerbe und Industrie mit feuergefährlichen oder leicht entzündbaren Gegenständen arbeiten. Diese Tatsache ist gerade für Baden, das neben Thüringen und neben dem Rheinland das stärkste industrialisierte Gebiet Deutschlands ist, von besonderem Interesse. Der Prämienfuß beträgt daher bei Gebäuden mit Gewerbe 15-50 Pf. und für die Industrie 12-200 Pf.; die Textilindustrie beispielsweise bezahlt 30-50 Pf., die Holzindustrie 80-200 Pf. Für landwirtschaftliche Gebäude von massiver oder guter Fachwerkbauart unter harter Dachung werden 12,5-17,5 Pf. und für landwirtschaftliche Gebäude mit Strohdach oder Schindeldachung 30-50 Pf. verlangt.

Da die Industrie und das Großgewerbe aber in der Hauptsache in den Großstädten sich befinden, werden die Inhaber dieser Betriebe durch die Prämienvergleichheit viel mehr entlastet als die paar Eigentümer von Holzbauten auf dem Schwarzwald. Wir sind daher der Auffassung, daß die Einführung der Gefahrenklassen nach Bauart und Verwendungsart der Gebäuden im ganzen eine wesentliche Entlastung der kleinen Stadtgemeinden und der Landgemeinden bringen würde. Das Explosionsunglück in Oppau zum Beispiel hat mehr als 50 Millionen Mark Gebäudeschaden verursacht, der nur auf städtische Gebäude entfiel und im Jahre 1920 allein 1,40 M. Umlage notwendig gemacht hat. Auffallenderweise hat man bisher von den Gefahren, welche Industrie und Gewerbe für die Gebäude bilden und in der Gebäudeversicherung, genau wie es in der Jahrsversicherungs geschichte, zum Ausdruck kommen müßten, nicht viel gehört. Selbst die amtliche Denkschrift vom Jahre 1922 enthält nur eingehende Angaben über Bauart und Dachung, nicht aber über die Verteilung der Risiken, welche durch gewerbliche und industrielle Betriebe, durch feuergefährliche- und elektrische Anlagen entstehen. Auch das Explosionsunglück in Oppau ist darin nicht erwähnt. Diese Gefahren sind aber, wie jeder Versicherungsfachmann weiß, für die Tarifierung nach den Grundsätzen der Versicherungstechnik von ausschlaggebender Bedeutung. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, daß in einzelnen Jahren die an die kleineren Stadtgemeinden und Landgemeinden bezahlten Brandentschädigungen ab und zu höher sind, als die einbezahlten Gebäudeversicherungsumlagen. Eine einzige Explosion in der Stadt, und wenn sie nur alle 10 Jahre stattfindet, schafft sehr rasch wieder einen Ausgleich zum Nachteil des Landes.

Die Landbevölkerung hätte also eigentlich keinen Grund, die Gefahrenklassen, d. h. die Einführung des reinen Versicherungsprinzips, in der Gebäudeversicherung zu befürworten, sie fürchtet nur, daß eine staatliche Anstalt in der Tat nur mit ungebührlichen Kosten und nur unter den größten verwaltungsmäßigen und finanziellen Schwierigkeiten in der Lage wäre, sich umzusetzen, abgesehen davon, daß es überhaupt kein System gibt, das alle befriedigt und Anspruch auf Gerechtigkeit machen kann, und daß unter der Herrschaft des Versicherungsprinzips es sich auch nicht gut rechtfertigen ließe, einen Zwang zur Versicherung der Gebäude in einer staatlichen Anstalt mit Monopolstellung auszuüben, der beim Unterstützungsprinzip wohl noch am Platze ist. Allerdings hätte eine reine Versicherungsanstalt den Vorzug, daß sie sich von dem Anlageverfahren (Schuldbetragungsverfahren ohne namhafte Kapitalwirtschaft), das bekanntlich im Gegensatz zum Prämienverfahren nicht unbedeutende finanzielle Gefahren in sich birgt, weil die Umlage ihrer Natur nach eine steigende Tendenz hat, abzuwenden und im allgemeinen an die sonst in der Privatversicherung üblichen Prämienfäße halten müßte, so daß schon dadurch eine gewisse Gewähr gegen eine Überspannung der Prämien bestünde. Auch im Entschädigungsverfahren müßte sie mehr nach den Grundsätzen des Versicherungsprinzips vorgehen und die Entschädigung entsprechend den Vorschriften des Gesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908, RMBl. S. 263, lediglich nach dem tatsächlichen Schaden festsetzen, wodurch dann wohl manche Brände und Aufwendungen von selbst verhütet werden würden. Da aber in Baden eine auf dem Unterstützungsprinzip beruhende staatliche Feuerversicherungsanstalt mit Zwangsversicherung besteht, wird man an ihr wohl festhalten müssen, ohne aber darauf zu verzichten, Leistung und Gegenleistung in Vergleich mit privaten Gebäudeversicherungsgesellschaften zu stellen. Von der Einführung der Gefahrenklassen allein versprechen wir uns jedenfalls, im ganzen gesehen, keine Kostensenkung zum Nachteil des flachen Landes, sondern eher zu Ungunsten von Groß-

gewerbe und Industrie in den Städten. Die öffentliche Verwaltung würde aber dann in so hohem Maße kompliziert gemacht werden, daß sie nicht mehr im Einklang stünde mit den immer lauter werdenden Forderungen nach Vereinfachung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden, die erst jetzt wieder von dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Höpfer bei seinem Dienstantritt als dringend notwendig bezeichnet worden ist.

Politische Neuigkeiten

Der deutsche Außenhandel im März

Der deutsche Außenhandel zeigt im März 1927 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 244 Millionen Reichsmark gegen 339 Mill. RM. im Februar. Dieser Rückgang um 95 Millionen RM. ist auf die Steigerung der Warenausfuhr um 86 und den Rückgang der Wareneinfuhr um 9 Mill. RM. zurückzuführen. Im einzelnen hat die Ausfuhr von Lebensmitteln um vier Millionen RM., von Rohstoffen um 23 Mill. RM. und von Fertigwaren um 59 Mill. RM. zugenommen. Dagegen ist die Einfuhr von Lebensmitteln um 25 Mill. RM. zurückgegangen, die Einfuhr von Rohstoffen aber um neun Millionen RM. und von Fertigwaren um sieben Millionen RM. gestiegen.

Internationales Arbeitsamt und Einzelhandel

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hatte für die Novembertagung des Vorbereitungsausschusses für die Internationale Wirtschaftskonferenz eine Denkschrift betreffend „Ergebnisse einiger Erhebungen zur Auffassung eines Vergleiches zwischen den Verteilungsskizzen des Privathandels und denen der Konsumgenossenschaften“ ausgearbeitet. In dieser Denkschrift werden — an der Hand von 5 Beispielen für Deutschland — Kreise, welche die Konsumvereine aus ihrem Bereich festgelegt haben, mit denen des ortsnahen Einzelhandels verglichen, wobei die des Einzelhandels über denen der Konsumvereine liegen.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat nunmehr eine umfangreiche Gegenschrift ausgearbeitet, aus der anhand von Preisvergleichen aus 44 deutschen Städten und von 800 Waren eine Gleichwertigkeit in vielen Fällen sogar eine Überlegenheit des Einzelhandels in der Versorgung der Bevölkerung mit guten und billigen Nahrungsmitteln eindeutig hervorgehen dürfte. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat diese Denkschrift den Vertretern Deutschlands auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz als Material zugeleitet.

Die Wahlen in Oesterreich

Am Sonntag finden in ganz Oesterreich die Neuwahlen zu dem auf Grund eines Nationalratsbeschlusses vor Ablauf seiner normalen jährigen Gesetzgebungsperiode aufgelösten Nationalrat und in einigen der neun Bundesländer außerdem die Landtagswahlen statt. Zur Durchführung der Nationalratswahlen ist Oesterreich in 25 Wahlkreise geteilt. Bei den letzten Nationalratswahlen im Jahre 1923 wurden 82 Christlichsoziale, 68 Sozialdemokraten, 10 Großdeutsche und fünf Vertreter des „Landbundes für Oesterreich“ gewählt. Für die bevorstehenden Nationalratswahlen sind folgende Parteien (größere Parteien oder von Gruppen von Parteien) angemeldet: Einheitsliste (d. h. Christlichsoziale, Großdeutsche und kleinere bürgerliche Parteien), Sozialdemokraten, Landbund für Oesterreich (d. h. Deutschnationale Freisinnige Agrarier) und mehrere Listen kleiner Sonderparteien, darunter die Kommunisten. Im ganzen sind 165 Wähler zu wählen. Bestimmten, die nach der ersten Ermittlung der einzelnen Listen zufallenden Mandate verbleiben, werden in einem späteren zweiten Ermittlungsverfahren Berücksichtigung.

Poincaré über die Sprachenfrage in Elsaß-Lothringen

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat sich am Donnerstag in einer Rede in Straßburg ausführlich mit der Sprachenfrage beschäftigt. Er erklärte, man habe den Glauben erwecken wollen, daß Frankreich den elsässischen Dialekt zum Verschwinden zu bringen suche, oder verhindern wolle, daß der Religionsunterricht in deutscher Sprache gegeben werde. Alles das sei falsch, und es werde falsch bleiben nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit. Kinder müßten deutsch schreiben können überall da, wo ihre Angehörigen auch deutsch sprechen. Sie müßten auch deutsch sprechen können, weil sie einem Grenzlande angehörten, wo die deutsche Sprache sogar vor 1870 gesprochen wurde. Vielleicht müßte man sogar zwischen den einzelnen Ortsgemeinden noch Unterschiede machen. Dieses Wort zu „unternehmen“, habe er den neuen Direktor der Universität aufgefordert und dieser habe sich dazu bereit erklärt.

Finanzkrise in Japan

Aus Japan wird von einer Finanzkrise berichtet, die das Geschäftsleben fast zum Stillstande brachte. Die Regierung will helfend eingreifen. Ein Sturm auf die Banken der Tokioer Banken hat verschiedene Bankinstitute gezwungen, ihre Kassen zu schließen. In der Provinz soll die Panik noch größer sein. An der Börse herrscht Panikstimmung. Die Vereinigung der Banken hat einstimmig beschlossen, an die Regierung eine Petition zu richten, die Lage durch eine laienliche Verordnung zu retten, da sonst die schlimmsten Folgen für das japanische Wirtschaftsleben zu befürchten seien.

Neue Mittel für den Mainzer Dom. Der Finanzausschuß des Hessischen Landtages hat eine Regierungsvorlage angenommen, durch die die Wiederherstellungsarbeiten am Mainzer Dom durch ein Darlehensverhältnis zwischen Reich und Staat geregelt werden.

Rücklauf eines Lloydampfers. Der auf Grund des Waffensstillstandes seitenszeit in England ausgelieferte Lloydampfer „Zeppelin“, der im Jahre 1914 auf der Bremer Vulkanwerft erbaut wurde und unter englischer Flagge unter dem Namen „Ormus“ lief, ist vom Norddeutschen Lloyd zurückgekauft worden. Der Lloydampfer „Zeppelin“ umfaßt 14 588 Brutto-Registertonnen und 8082 Netto-Registertonnen. Das Schiff wird den Namen „Dresden“ erhalten.

Der Berliner Kraftdroschkenstreik ist beendet, nachdem der Schiedspruch für verbindlich erklärt wurde. Die Organisation der Kraftdroschkenbesitzer planen für den Sonntag eine große Kundgebung zur Einführung der Nummernsteuer. Falls diese vom Polizeipräsidenten nicht genehmigt werden sollte, wollen die Kraftdroschkenbesitzer die Betriebe für Montag still legen, weil sie den Schiedspruch für das Droschken-gewerbe unter den jetzigen Verhältnissen für untragbar halten.

Kurze Nachrichten

Die Weltwirtschaftskonferenz. Wie die Blätter erfahren, rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß die Weltwirtschaftskonferenz, die am 4. Mai in Genf beginnt, ihre Arbeit nach mehrwöchiger Generaldebatte in die Ausschüsse verlegen wird, die von Zeit zu Zeit auch gemeinschaftliche Sitzungen abhalten werden. Die Sachverständigengruppe besteht außer den von den Regierungen ernannten Herren aus einem Mitglied der Internationalen Handelskammer und Frau Dr. Lüders, die vom Völkerbund ernannt worden ist.

Eröffnung einer Luftfahrtkonferenz. „Morning Post“ meldet, daß am 28. April in London eine englisch-französisch-belgisch-holländische Luftfahrtkonferenz eröffnet werden wird. Das Hauptinteresse an dieser Konferenz liegt in dem Umstand, daß auch Deutschland daran teilnehmen werde, und es werde in amtlichen Kreisen für wahrscheinlich gehalten, daß diese deutsche Teilnahme den Eintritt Deutschlands in die viel wichtigere Kommission für Luftfahrt bedeuten könnte. Wie das WTB. dazu von ausländischer Seite berichtet, handelt es sich bei der Konferenz lediglich um Besprechungen über technische Fragen.

Zusammenlegung von Reichwehrgarnisonen. Bei der Reichstagsdebatte über den Reichswehretat war die Zusammenlegung von Garnisonen angeregt worden. Diese Anregung wird, wie der demokratische Zeitungsdienst meldet, gegenwärtig im Reichswehrministerium verfolgt. Das Ministerium ist grundsätzlich für eine solche Zusammenlegung. Es ist allerdings zu beachten, daß diese Änderung, obwohl sie mit der Zeit eine Verbesserung des Apparates bedeuten würde, anfangs finanzielle Schwierigkeiten verursachen würde. Zusammenlegungen kommen dort in Frage, wo ein Bataillon Infanterie räumlich stark getrennt ist.

Ein verprügelter Landtagsabgeordneter. Vor einiger Zeit hatte der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz im preußischen Landtag gegen die Ehefrau des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hierroth schwere persönliche Angriffe gerichtet. Als Retter der Ehre ihrer Mutter hatten die beiden Söhne Hierroth vor dem Landtagsgebäude Schulz mit Hundepöscheln angegriffen und bis zum Potsdamer Platz getrieben. Gegen die Angreifer waren polizeiliche Strafbefehle in Höhe von je 80 M. erlassen worden. Hiergegen hatten sie Einspruch erhoben. In der Gerichtsverhandlung waren die Angeklagten nicht erschienen. Statt ihrer war ein Schreiben eingelaufen, wonach sie ihren Einspruch gegen die Strafbefehle zurückzogen.

Revolvententat auf den früheren österreichischen Finanzminister. Gegen den früheren österreichischen Finanzminister Colmann in Hainburg wurde nach einer Wählerbesprechung ein Revolvententat verübt. Auf das Auto Colmanns wurden Revolverschüsse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten.

Börsen und Märkte

Börse. Auf das stürmische Kauffeuer vor Ostern, trat nach den Osterfeiertagen ein gewisser Umschwung an der Börse ein. Trotz der langen Feiertagspause war der Ordereingang nur gering und schon ein kleines Angebot genügte, um Kursrückgänge herbeizuführen. Die Gesamtrendenz war uneinheitlich und unsicher. Die Spekulation neigte übermäßig zu Abgaben. Auch das Bankpublikum, das übertriebene Engagements angekauft hatte, schritt zu Realisationen. Die periodischen, zum Teil sehr skeptischen Monatsberichte deutscher Großbanken fanden große Beachtung. Die weiterhin gespannte Geldmarktslage und Gerüchte über Zurückziehung größerer Beträge von Reichsbankgeldern veranlaßten weitgehende Zurückhaltung. Da inzwischen wieder Rückläufe erfolgten, ferner die feste Haltung der Auslandsbörsen, deren Tendenz auf die Lage der deutschen Börsen wieder etwas mehr Einfluß hat, einwirkte, hat sich der Markt wieder etwas gebessert. Die einzelnen Kursbesserungen sind aber noch sehr bescheiden. Elektrowerte waren gut behauptet. Bei Montanwerten erfolgten Kurserhöhungen durch Wälderdeckungen. Gedrückt lagen Bankaktien. Der Anleihe-markt war sehr still.

Der Geldmarkt war zum Mediotermin ziemlich verknapp. Anscheinend war für den Zahlungstag doch nicht ausreichend vorgesorgt worden. Es wurden aber nur die Privatbankfäße erhöht; die Reichsbank blieb es bei den bisherigen Sätzen.

Produktenmarkt. Die Getreidemärkte waren sehr fest und die Preise erhöht. Nach den Feiertagen vermochte sich aber der Handel nur langsam zu entwickeln. Die Hofenmärkte waren fast ganz geschäftlos. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 274 (+3), Roggen 257 (+3), Wintergerste 206 (unv.), Sommergerste 245 (unv.), Hafer 222 (+6) Mark je pro Tonne und Mehl 36 1/2 (-1/4) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Auf den Ledermärkten ist eine ansteigende Preisrendenz zu bemerken. Die letzten Versteigerungen für Rohhäute und Felle hatten durchweg festere Tendenz. Auf den Metallmärkten ist die Tendenz wieder abwärts gerichtet. Das Geschäft hat keinen nennenswerten Umfang angenommen. Die Rohstoffgewinnung überstieg im März mit 685 500 Tonnen sämtliche Monatsziffern seit Kriegsende. Die Konjunkturberichte und Industriekaufschlüsse lauten nach wie vor in der Mehrzahl günstig.

Verschiedenes

Eine Bombenexplosion bei Madrid

Während eines Feuerwerks auf dem Arsenalplatz zu Madrid ist eine Bombe, die einer der Feuerwerkstüftler in einem Körfer untergebracht hatte, explodiert. Einem jungen Mann wurde dabei der Kopf abgerissen. Drei Personen erlitten zum Teil schwere Verwundungen. Drei sind bereits ihren Verletzungen erlegen. Sieben dieser Verletzten müßten beide Beine abgenommen werden. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Bei der ausgebrochenen Panik hat sich ein Teil in den in der Nähe befindlichen Fluß hineingestürzt. Dabei sind drei Personen ertrunken.

Aber das Eisenbahnattentat in Mexiko

Werden genauestens Einzelheiten bekannt. Außer der 17 Mann starken Bedeckung sind 190 Personen getötet worden. Präsident Calles hat befohlen, die Banditen tot oder lebendig gefangen zu nehmen. Die militärische Bedeckung des Zuges leistete den Banditen einen 3 1/2tägigen heftigen Widerstand, bis der letzte Soldat getötet war. Dann stürmten die Räuber den Zug und gingen mit Messern und Revolvern gegen ihre Opfer vor, unter denen sie ein entsetzliches Blutbad anrichteten. Die Überlebenden wurden sodann in die Abteile eingeschlossen, diese selbst mit Petroleum übergossen und angezündet. Diejenigen, die verurteilt, dem Flammentod zu entgehen, wurden niedergeschossen oder ihnen mit dem Gewehrstoß der Schädel eingeschlagen.

Räumungs-Verkauf wegen Gelegenheitskäufe in 879 **gutem Wandschmuck für jedes Heim**
Geschäftsverlegung zu billigsten Preisen u. erleichterten Zahlungsbed.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
KUNST-HANDLUNG
Kaiserstraße 128

Die Reisezeit beginnt

(Aus den Nachrichtenblättern des Badischen Verkehrsverbandes)

Das Planemachen und Kaufen von Prospekten und Führern der Länder und Kurorte bildet alljährlich den Auftakt der großen Reisezeit. Groß ist die Sehnsucht und stark das Bedürfnis in allen Schichten des Volkes, die alltägliche Umgebung mit neuen, unbekanntem Auserwählten für wenige Zeit zu vertauschen, dem verbrauchten Organismus neue Kräfte zuzuführen und reich an schönen Erinnerungen und Eindrücken in den alten Berufsberufen zurückzukehren.

Nicht immer war das Reisen so bequem und erschwinglich wie heute. Auch hier hat sich ein Wechsel zum Guten vollzogen. Die Anpassung der öffentlichen Verkehrseinrichtungen und Fremdenbetriebe an die Bedürfnisse und Zahlungsfähigkeiten aller Stände vermag heute, allen Wünschen zu entsprechen.

Das Reisen von heute hat sich ein Allgemeines erworben. Der kapitalträchtige Geldmann, der sich früher den „Augs“ leisten konnte, mit seiner Familie eine Erholungsreise zu unternehmen, wird auch heute noch in deutschen Landen auf seine Kosten kommen. Er findet auch während seines Sommeraufenthaltes das Milieu, das seiner Umgebung und Gewohnheit entspricht. Aber neben ihm lahn auch der Reisende des berufstätigen Mittelstandes als Fremdengeher aufzutreten und Ansprüche geltend zu machen. Die vernünftige und durchaus folgerichtige Entwicklung, die der Fremdenverkehr in Deutschland in der Nachkriegszeit genommen hat, war die einer zeitgemäßen Gliederung der Einkommensverhältnisse des einzelnen und der Familie, von denen das Fremdenwesen abhängig ist. Die Ausgaben für den Reiseurlaub dürfen nur einen kleinen Bruchteil in der Bilanz des Familienhaushaltes darstellen. Deshalb mußten die berechtigten Forderungen nach preiswerter Unterbringung in Hotels, Gasthäusern und Pensionen, nach Qualität des Gebotenen mit Bezug auf die Seilwertigkeit der deutschen Länder- und Kurorte, nach Mannigfaltigkeit der klimatischen und landschaftlichen Vorzüge, nach vorsichtiger Tarifpolitik der Verkehrsunternehmen erfüllt werden, wenn das Reisen, sei es zur Erholung und zum Vergnügen, sei es zu geschäftlichen Zwecken, wirklich für die große Masse des Publikums eine Erfüllung bedeuten sollte.

Gerade hier galt es, ein bestimmtes und wohl auch berechtigtes Angstgefühl vor der Stofflosigkeit des Reisens zu überwinden. Die allgemeine Verarmung hat uns Deutsche mutlos und zaghaft gemacht, so daß wir die Reisejahre nicht unterbrachten.

Erst langsam kam auch das Vertrauen wieder zu den Verhältnissen in der Fremde. Große Auswahl an Unterkunfts-möglichkeiten und Wahrsamkeit in dem Reklame für die einzelnen Reisegebiete erleichterten die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen. Man nannte Preise und gab dem Publikum die Möglichkeit, die notwendigen Ausgaben vor Eintritt der Reise festzulegen. Damit konnte sich der Reiseinteressent auch schon Monate vorher mit seinen Mitteln auf die Reiseausgaben einstellen und durch Sparlichkeit an den alltäglichen Unzulänglichkeiten einen kleinen Ausgleich für unvorhergesehene Mehrausgaben schaffen. Als mühseligere, nach solchen zweckmäßigen Richtlinien zusammengestellte Ratgeber für den Erholungsaufenthalt darf der vom Badischen Verkehrsverband Karlsruhe alljährlich neu herauskommende „Reise- und Hotelführer Badenland-Schwarzwald“ besonders erwähnt werden.

Was von neuen Eindrücken und geneigten Herzen von der Reise mitgebracht wird, macht die augenblickliche große Ausgabe in wenigen Wochen doppelt bezahlt.

Erfreulicherweise trägt das gesellschaftliche Bild an den deutschen Erholungsplätzen nicht mehr das einseitige Gepräge der abseitigen Eleganz und Überbörtheit. Die sozialen Unterschiede haben sich verwischt: der solide Bürgermann braucht sich seiner Einfachheit und Schlichtheit auch in der Fremde nicht zu schämen.

Man kann heute wieder von einer Kultur des Reisens sprechen, an deren Ausbau jeder Gebildete, ohne Rücksicht auf Rang und Einkommen, teilnimmt. Das Bewußtsein, auf der Reise überall in Deutschland sein Willen zu finden, gibt allen Schichten unseres Volkes wieder eine bestimmte Sicherheit im Auftreten.

Die Voraussetzungen müssen freilich geschaffen werden. Mit schönen Anpreisungen und bunten Plakaten erfüllt der deutsche Fremdenverkehr heute allein seine Mission nicht mehr. Reklame soll nicht nur werben, sie muß auch aufklären und belehrend sein. Nur dann gewinnt sie das Vertrauen der Tausenden, die heute noch abseits stehen, weil sie nicht den Mut finden, mit ihren Mitteln die geschilderten Verhältnisse kennen zu lernen.

Die Reisezeit beginnt! Auch im Badenland mit seinem romantischen Neckartal, seinem Oberrhein, dem majestätischen Schwarzwald, in dessen Tälern sich die Kränze der idyllischen Klänge einschmiegen, auf dessen Höhen die Schwarzwaldtannen rauschen, mit seinem Bodensee — hat der Frühling seinen Gruß abzugeben. Wie ein frohes dankbares Lied quillt es aus der Menschenseele, wie ein Lied von seltener Schönheit und Stärke.

Gemeinde-Rundschaue

Preisermäßigungen des Mannheimer Nationaltheaters. Der Bürgerausschuß Mannheim wird sich in seiner nächsten Sitzung mit einem Stadtratsbeschuß zu beschäftigen haben, der eine Senkung der Eintrittspreise des Nationaltheaters vorschlägt. Auch die Preise des Neuen Theaters sollen um etwa 25 Prozent ermäßigt werden. Die neuen Preise sollen am 1. September 1927 in Kraft treten.

Vom Freiburger Klinikbau wird berichtet: Die Arbeiten gehen rüstig voran! Fleißige Hände schützen den Boden in die Hüllwagen, eine Maschine nimmt diese in Empfang und bringt sie zum Verarbeitesturm. Langsam winden sich die Wagen auf die Höhe, werden entleert und Steine und Sand beginnen den Verarbeitesturm zu füllen, werden gemahlen, gesiebt und gereinigt, auf Haufen gebracht, wo sie bis zum weiteren Gebrauch lagern. Die Betonmischmaschine arbeitet ununterbrochen und schafft das wichtige Material für die Grundmauern herbei. Bereits stehen sie an den Stellen, wo die medizinische Abteilung zu stehen kommt. Böden werden gelegt und Bretter für die Mauern befestigt. Nicht lange mehr wird es dauern und die Eisenbalken legen sich zum ersten Stockwerk auf die Fundamente. Der mächtige Kran steht thronend über dem Ganzen und harri der kommenden Tage, an dem die großen Steinblöcke und die Balken hinaufgewunden werden sollen. In der Solzbarade arbeiten die Techniker an großen Zeichnungen, messen und streichen, schreiben und rechnen.

Der Bürgerausschuß Konstanz stimmte der Beschaffung von Plänen für die Bahnfrage zu, wofür 10 000 RM. zur Verfügung gestellt werden sollen. Eine Vorlage betreffend Erstellung einer Kammerfernanlage im Städtischen Gaswerk wurde einem gemischten beratenden Ausschuß überwiesen, der aus Stadtrat, Stadtverordnetenvorstand und den einzelnen Parteiführern besteht. In nicht öffentlicher Sitzung wurde u. a. der Vereinbarung zwischen der Stadt Konstanz und Bürgermeister Dr. Dietrich mit Mehrheit zugestimmt, wonach Dr. Dietrich mit dem 15. Mai d. J. in den Ruhestand tritt.

Badischer Teil Geburtenrückgang in Baden

Nach den neuesten Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts hat sich der erstmalig im Jahr 1909 in Baden einsetzende Geburtenrückgang — nach kurzer Unterbrechung in den beiden Jahren 1920 und 1921 — neuerdings ganz erheblich verschärft. Im Jahr 1922 sank die Geburtenzahl (einschließlich der Totgeburt), die noch im Jahr zuvor 60 802 betragen hatte, auf 56 150, im Jahre 1923 auf 53 250 und beträgt im Jahr 1926 nur noch 48 619. Vergleichsweise sei angeführt, daß sie vor 20 Jahren nahezu 68 000, im Jahr 1908 sogar 69 058 betragen hat. Gegenüber dem letztgenannten Jahr ist also die heutige Geburtenzahl um rund 20 400 (d. h. 30%) geringer! Man muß in der Geschichte unseres Landes nicht weniger als 87 Jahre, d. h. bis zum Jahr 1860 zurückgehen, um eine ähnlich niedrige Geburtenzahl zu finden. Dabei ist die Bevölkerung heute um rund 1 Million größer als im Jahr 1860. Auf 1 000 Einwohner entfielen damals 35,7 Geborene, heute nur noch 20,8.

Da der Geburtenrückgang nach Beobachtungen des Statistischen Landesamts bei allen Bevölkerungsschichten, wenn auch ungleichmäßig in Erscheinung tritt, so muß angenommen werden, daß die Beschränkung der Kinderzahl eine gewollte ist. Dieser Wunsch weiter Kreise unserer Bevölkerung nach möglichst wenig Kindern tritt auch in der Statistik der unzeitigen Niederkünfte vor 50 Jahren zwischen 700—800 im Jahr geschwankt hat; heute ist die Zahl auf das 4fache gestiegen! Wie aus Ärztereisen verifiziert wird, erklärt sich diese auffallend große Zahl unzeitiger Niederkünfte in den meisten Fällen durch unerlaubte Eingriffe.

Der Neckartal

Die in den letzten Tagen in der Presse erschienenen Nachrichten über einen erneuten Ausschub des Baues der Staustufe Heidelberg hat den Vorstand des Südbadischen Kanalvereins veranlaßt, folgendes Telegramm an das Reichsverkehrsministerium zu richten:

„Der Südbadische Kanalverein, in dem Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, Elektrizitätswerke, Schiffahrtkreise usw., Großstädte, mittlere und kleine Gemeinden Südbadens zur Durchführung der südbadischen Großschiffahrtstrasse zusammengeschlossen sind, entnimmt der Presse mit größtem Bedauern, daß trotz bindungsloser Verwilligung der Mittel durch den Reichstag, trotz Zustimmung der badischen Regierung, trotz Einverständnis der Stadtverwaltung und weiterer Kreise Heidelbergs unter Nichtbeachtung abgeschlossener Verträge die Inangriffnahme der Staustufe Heidelberg und damit die planmäßige Fortsetzung des Neckartals aufs neue verzögert werden soll. Hinreichende Gründe für diese in die Entwicklung der südbadischen Verkehrsverhältnisse so tief einschneidende Maßnahme, die lediglich den Wünschen einer kleinen Schicht entgegenkommt, vermögen wir nicht zu erkennen. Wir werden in aller Öffentlichkeit und in den zuständigen Parlamenten die Art und Weise dieses Vorgehens in aller Deutlichkeit kennzeichnen und erwarten von der Reichsregierung, daß sie Südbadens kein Recht auf Anschlag an den großen Verkehr nicht noch länger vorenthält.“

Außerdem haben die Städte Heilbronn und Ulm, der Verband württ. Industrieller, der württ. Industrie- und Handelsrat, die Handelskammer Stuttgart, Heilbronn und Ulm ebenfalls telegraphische Eingaben des Inhalts gemacht, den Bau der Staustufe Heidelberg in Aufrechterhaltung der gegebenen strikten Zusagen unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Aufhebung eines Redeverbotes

Der Badische Minister des Innern hat sich entschlossen, das im Juli 1925 gegen Herrn Adolf Hitler aus München erlassene allgemeine Redeverbot aufzuheben und es den Bezirksämtern (Polizeidirektionen) zu überlassen, etwa im Einzelfalle notwendige Anordnungen auf Grund des Polizeistrafgesetzbuches zu treffen.

Gesellschaftsänderung für größere Gesellschaften mit einer Fahrpreisermäßigung von 33 1/3 v. H.

Mit Wirkung vom 1. Mai 1927 werden die Mindesteinkommensgrenzen in der 1. Klasse auf 120, 2. Klasse auf 170, 3. Klasse auf 250 und 4. Klasse auf 380 herabgesetzt. Der Mindestbeitrag für die ganze Sonderzugstrecke beträgt von diesem Zeitpunkt an nur noch 250 RM.

Neuerungen im Kraftpost-Verkehr

Die in einigen Postdirektionsbezirken probeweise eingeführten sog. Fernfahrkarten haben sich bewährt. Das Reichspostministerium hat daher die Beibehaltung dieser Einrichtung unter einheitlichen Bedingungen genehmigt. Die Karten berechnen sich zu zehn Fahrten innerhalb von zwei Monaten und sind übertragbar. Die daraufhin eingeräumte Fahrpreisermäßigung von 20 v. H. wird in weiten Kreisen der Bevölkerung, die auf häufigere Benutzung von Kraftpostlinien angewiesen ist, mit Genugtuung begrüßt werden.

Das Reichspostministerium hat ferner zugunsten aller Reisenden, die die Kraftposten benutzen, eine Unfallversicherung abgeschlossen.

Die Kurortspflicht in Badeorten

In den Kreisen der Kurgäste herrschen — wie der Badische Verkehrsverband schreibt — vielfach irrige Ansichten über das Wesen der Kurortspflicht. Die Entrichtung einer obligatorischen Gebühr für die Dauer des Aufenthalts in einem Badeorte wird als lästige und ungerechte Forderung betrachtet, die anscheinend von der betreffenden Verwaltung nur erhoben wird, um den Steuerfiskus zu füllen. Man zahlt wohl den Preis für eine Theaterkarte, um eine Vorstellung zu besuchen, man kauft eine Fahrkarte, um eine Reise zu machen, man löst eine Karte, um ein Bad zu nehmen, aber, daß man für den Besuch von Konzerten, Lesesälen, schönen Anlagen usw. eines Badeortes einen Betrag entrichten soll, der nur einen Beitrag zu den großen Unkosten darstellt, wird manchem nicht entsprechend gewertet. Aus den Haushaltsplänen aller Kurorte geht einmündig hervor, daß die durch die Kurortspflicht eingehenden Beiträge bei weitem nicht die Ausgaben decken, die durch die Stellung der Musik, Unterhaltung des Kurhauses und der weitläufigen Anlagen, Aufträge der vielen Zeitungen und Stellung des Personals verursacht werden. Der ganz bedeutende Fehlbetrag muß von der Verwaltung durch andere Maßnahmen heringebracht oder allgemeinen Steuermitteln entnommen werden, die sonst die Kurortspflicht noch wesentlich erhöht werden müßten.

Aus den Parteien

Wie die „Deutsche Bodenseizeitung“ berichtet, hat, obwohl die Konferenzen für christliche Politik in Konstanz weit über die Meeresspiegel des Bodensees hinaus in Kreisen katholischer Politiker für gegenseitige vertrauliche Aussprache über grundsätzliche Fragen sehr beliebt geworden sind, das vorbereitende Komitee beschlossen, ausnahmsweise für 1927 die Tagung ausfallen zu lassen. Der Grund für diesen Beschuß ist darin zu sehen, daß der Organisator der Tagung, Kreisrat Dr. Hugo Baur, Konstanz, durch Krankheit verhindert ist, die umfangreiche Vorbereitungsarbeit zu leisten. Die Konferenz soll 1928 wieder stattfinden.

Lohnbewegungen in Baden

Streik der Gipser in Karlsruhe. Seit Donnerstag befinden sich die Gipser in Karlsruhe im Streik. Als Grund wird das Hinauszögern der Lohnverhandlungen seitens der Arbeitgeber angegeben.

Verhandlungen über den Mannheimer Angestelltenarif. In Mannheim fanden am Donnerstag Verhandlungen über die Neugestaltung des Generaltarifs für die Mannheimer kaufmännischen und technischen Angestellten statt. Nach mehrstündiger Dauer wurden die Verhandlungen abgebrochen, da in bezug auf die Arbeitszeitfragen keine Einigung erzielt werden konnte. Es wurde vereinbart, ein Gutachten über die genaue Auslegung des § 6 Abs. 2 der neuen Arbeitszeitverordnung, die sich mit dem Zuschlag von Überstundenleistungen beschäftigt, einholen zu lassen. Man nimmt an, daß bis Monatsende das Gutachten vorliegt, worauf die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen.

Im Schuhmachergewerbe ist durch Schiedspruch der badische Landeslohnrat in seinem Spitzenlohn auf 90 Pf. und der Anfangslohn der auszubildenden Lehrlinge auf 58 Pf. pro Stunde ab 1. April 1927 festgesetzt worden.

Aus der Forzheimer Schmutzwarenindustrie. Nach dem nunmehr für verbindlich erklärten Schiedspruch in der Forzheimer Schmutzwarenindustrie ist die Hälfte des tariflichen Urlaubs zu bezahlen. — In der Lohnfrage konnte noch keine Einigung erzielt werden.

Schutz den Tieren

Der Verband badischer Tierliebvereine wendet sich mit folgender Zuschrift an die Tierfreunde: Im vielem Gland im Leben unserer kleinen Hausgenossen, Hunde und Katzen, vorzubeugen, bedarf es nur ein wenig Aufmerksamkeit, an der es kein wahrer Tierfreund fehlen lassen sollte. Es wäre besser, nicht so viele junge Hunde und Katzen aufzugeben. Oft ist es den Hundebesitzern nicht möglich, die kleinen Tiere zu verkaufen und diese werden dann einem elenden Schicksal überlassen. Leute, die nicht in der Lage sind, einen Hund richtig zu pflegen, sollten dem Tiere zuliebe auf eine Hundehaltung verzichten. Den Katzen, besonders den herrenlosen, sollte man hauptsächlich in der Zeit, wo sie Junge werfen, mehr Aufmerksamkeit. Man gewähre ihnen Unterkunft, damit man Gelegenheit hat, die geworfenen Jungen wegzunehmen und töten lassen zu können. Es genügt, wenn man einem Muttertier nur ein Junges läßt. Viele Katzen gehen im Winter elend zugrunde oder werden zum Wildern gezwungen, weil Nahrung und Obdach fehlen. Mit Hilfe aller Tier- und Jagdfreunde könnten viele derartige Fälle vermieden oder wenigstens gemildert werden.

Gründungsversammlung des Versuchsrings „Schwarzwald-Berna“

In Bernau bei St. Blasien werden in den fünf Gemeinden des Bernauer Albals durch die Bad. Landwirtschaftskammer umfangreiche Weidewirtschaften durchgeführt, um die dort sehr darniederliegende Landwirtschaft, deren Erträge eine Haupteinnahme der durch die wirtschaftliche Not unserer Zeit besonders bedrängten Bevölkerung bilden, durch neue wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Gebiete des Weiden- und Weidenbaues zu heben. Für die Durchführung dieser Aufgaben haben das Reich und der badische Staat größere Darlehen und namhafte Zuschüsse zur Verfügung gestellt. — Um das Gelingen des Unternehmens sicher zu stellen, fand am 26. März 1927 auf Anregung der Bad. Landwirtschaftskammer unter zahlreicher Beteiligung aller interessierten Behörden und Kreise die Gründungsversammlung des Versuchsrings „Schwarzwald-Berna“ unter Leitung von Landesökonomierat Ruff, Schopfheim, statt. Landwirtschaftsrat Eberhard und die zuständigen Sachreferenten betonten in eingehenden Ausführungen die Organisation, Zweck, Ziel und Aufgabe des Versuchsrings, der durch Düngungs-, Sorten- und Bodenbearbeitungsversuche für Getreide, Hackfrüchte, Weiden und Weiden die Grundlagen einer neuzeitlichen und rationellen Bewirtschaftung der Gebiete des Hochschwarzwaldes schaffen soll. Dem Versuchsring wurde auch ein Milchkontrollverein angegliedert, der durch relative Milchleistungsprüfungen die Ergebnisse der Weidewirtschaft in bezug auf die Milchleistung der Weideweiler zu erfassen hat und zur Hebung der dortigen wertvollen Hinterwälderzuchtbestände beitragen soll.

Tagungen

Die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V. hält am 6., 7. und 8. Mai 1927 im großen Saale der „Eintracht“ in Karlsruhe ihre 8. ordentliche Generalversammlung ab, verbunden mit Sachgruppenstiftungen usw.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Heidelberg, 20. April. Die hiesige Väterinnung hat gestern in Gegenwart von Vertretern des organisierten Handwerks und der Stadtverwaltung ihr neues Innungshaus in der Schiffgasse eingeweiht.

D. J. Bad Dürkheim, 22. April. Es ist beabsichtigt, auch in hiesiger Gegend noch in diesem Jahre Versuche mit Seidenraupenzucht zu machen. Wenn die Versuche ein günstiges Ergebnis haben, ist beabsichtigt, die Anpflanzung des weißen Maulbeerbaumes an geeigneten Stellen in größerem Umfang anzulegen, damit das Futter für einen ausgedehnten Seidenraupenzuchtbetrieb gewonnen wird. Es wurden bereits Gartengrundstücke mit Maulbeerpflanzungen angelegt und zwar kommt die weiße Maulbeere in Frage.

D. J. Stuttgart, 22. April. Die Nummer 91 der „Südbadischen Arbeiterzeitung“ vom 21. April wurde durch Beschuß des Amtsgerichts Stuttgart wegen des Artikels „Grüße russischer Arbeiter und Notaristen an die politischen Gefangenen Württembergs“, in dem ein Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat und ein Vergehen gegen das Republikstutzgesetz erlitten wurde, beschlagnahmt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Vom Ozean ist jetzt ein neuer Wirbel nach dem Nordmeer vorgezogen und hat zur Verflachtung des Festlandhochs geführt. Der Wirkungsbereich der atlantischen Wirbel erweitert sich daher nach dem Festland, so daß wir in der nächsten Zeit wieder mit Westwetter zu rechnen haben. Ausichten bis Samstag: Wollig bei zeitweise lebhaften Westwinden, zum Teil trocken, Temperaturen unverändert.

Die Statistischen Ämter der Städte
Die größeren deutschen Kommunalverwaltungen haben seit langem die Städte-Statistik sorgsam gepflegt. Gegenwärtig bestehen in Deutschland 50 städtische Statistische Ämter. Neben manchen dazu noch die Ämter der drei deutschen Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck, so sind es zur Zeit 53. Die Sparfamkeit, die notgedrungen in allen Kommunalverwaltungen geübt wird, hat manche Städte veranlaßt, an der Statistik, deren Zweck nicht jedermann ohne weiteres einleuchtet, zu sparen, und der Verwaltungsabbau hat sich infolgedessen auf die Statistischen Ämter in besonders starkem Maße erstreckt. Freilich haben diese Ämter in der Regel nicht nur statistische Aufgaben zu erfüllen, sondern es werden ihnen auch praktische Verwaltungsaufgaben zugewiesen, so z. B. die Bearbeitung der städtischen Verwaltungsberichte, die Leitung des Einwohneramtes, des Wahlamtes, der Preisprüfstelle usw. Von den 53 bestehenden Statistischen Ämtern befaßen sich nur zehn mit der Statistik allein.

Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt München, Professor Wilhelm Morgenroth, macht in dem „Berliner Wirtschaftsberichten“ interessante Mitteilungen über den Umfang und die Tätigkeit der städtischen Statistischen Ämter. Es ergibt sich daraus, daß ihr Gesamtpersonal ohne die Ämter der drei Hansestädte sich im Jahre 1925 auf 573 Personen belief. Auf je eines der 50 städtischen Statistischen Ämter entfielen also durchschnittlich nur etwa 10 bis 11 Angestellte, von denen jedoch nur je 6 ausschließlich mit statistischen Aufgaben befaßt sind. Nur bei besonders umfassenden Staatszählungen (Volkzählung und Betriebszählungen, Wohnungserhebungen usw.) wird vorübergehend ein größeres Ausschüßpersonal beschäftigt. Die Kosten der Statistischen Ämter sind nicht sehr erheblich. Professor Morgenroth berechnet, daß der regelmäßige Aufwand für die gesamte Unterhaltung eines Statistischen Amtes pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich etwa 5 bis 10 Pfennig im Jahre beträgt. Für jede Großstadt, die Wert auf eine gute Organisation ihrer Verwaltung legt, ist ein entsprechend ausgestattetes statistisches Amt aus praktischen, verwaltungstechnischen und finanziellen Erwägungen unumgänglich notwendig.

Aus der Landeshauptstadt

Flugtag. Am 1. Mai, dem Tage der Inbetriebnahme der Schwarzwaldflyglinie, wird hier ein Flugtag, veranstaltet von der Badischen Luftverkehrs-Gesellschaft, stattfinden, und zwar unter Teilnahme der bekannten Kunstflieger Raab und Kabenstein. Vorgeführt wird u. a. ein fliegender Zug, ein Motorflugzeug als Lokomotive und ein Segelflugzeug als Wagon.

Badisches Landestheater. Hebbels Tragödie „Judith“, die von Felix Baumbach neuinstudiert, am Samstag, den 23. April zum erstenmal wieder im Spielplan erscheint, hat in den Hauptrollen eine durchgreifende Neubesetzung erfahren. So sind außer Leonore Fein („Judith“) und Paul Dietl („Holofernes“) auch die Damen Ermath, Frauendorfer, Koeft, Möberl und die Herren Dahlen, Kloeble, Herz, Hofbauer, Leitgeb und Brüder neu in ihren Aufgaben. — Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr und endet 9 1/2 Uhr. — Am Sonntag, den 24. April finden im Landestheater zwei Vorstellungen statt; nachmittags 3 Uhr „Tiefland“ als 16. Vorstellung für Auswärtige und abends 7 1/2 Uhr wird Bucchinis erfolgreiche Oper „Turandot“ wieder in den Spielplan aufgenommen.

Das nächste Volkskonzert, das zugleich das letzte dieser Spielzeit sein wird, findet am Montag, den 25. April, abends 8 Uhr, in der Festhalle statt. Das Programm bringt das Terzett Tremate, empy und die IX. Sinfonie von Beethoven. Es ist somit den zahlreichen Personen, die bei der Festaufführung der Sinfonie am 27. März umkehren mußten, weil der Saal überfüllt war, Gelegenheit geboten, das unsterbliche Werk zu hören. Leiter des Konzerts ist Generalmusikdirektor Krings.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	23. April		21. April	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.59	169.01	168.58	169.00
Kopenhagen 100 Kr.	112.42	112.70	112.44	112.72
Italien . . . 100 L.	21.62	21.68	21.62	21.68
London . . . 1 Pf.	20.460	20.510	20.463	20.513
Newyork . . . 1 D.	4.2130	4.2230	4.2135	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.50	16.54
Schmelz . . . 100 Fr.	81.03	81.23	81.04	81.24
Wien . . . Schilling	59.25	59.39	59.24	59.38
Prag 100 Kr. 100	12.476	12.516	12.476	12.516

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Londoner Goldpreisstelle vom 19. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 1/2 d. bzw. für ein Gramm Feingold 82,7777 pence.

Bücheranzeige

Österr. Galanthe von gestern und heute. Herausgegeben von R. Schafbach mit Illustrationen von Johnson und Biaga. (Preis M. 2.—) Mag. Gesses Verlag, Berlin (W 15). — Das Bändchen enthält eine reizende Auswahl aus der galanten Literatur alter, neuer und neuester Zeit, voll sprühendem Geist und umschmeißlicher Grazie.

Paul Bernhardt: Jazz. Eine musikalische Zeitfrage. (Mit Notenbeispielen. Gebunden 4.50 M., Dehnen-Verlag, München.) — Was ist Jazz? In welchen Bedingungen ruht das Gelingen seines Weiterfolges, welcher neuen Zukunft sieht er unsere musikalische Entwicklung entgegen? Paul Bernhardt gibt in dem vorliegenden Werke auf diese Fragen zum erstenmal eine befriedigende Antwort, und zwar nicht lehrhaft und gelehrt, sondern wie ein Weltmann, der in vielen Ländern und Städten mit offenen Augen und offenen Ohren umhergezogen ist.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 23. April bis 3. Mai 1927
a) Im Landestheater:
Samstag, 23. April. * E 24. Th.-Gem. 3. S. Gr. Neueinstudiert: Judith von Hebbel. 7—9 1/2 (5.—).
Sonntag, 24. April. 16. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Tiefland. 3—5 1/2 (4.—).
Abends: * G 24. Th.-Gem. 801—900. Turandot. 7 1/2 bis 9. 9 1/2 (8.—).
Montag, 25. April. Volksbühne 8. Das Grab des unbekanntes Soldaten. 7 1/2—9 1/2 (5.—).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Dienstag, 26. April. * A 23. Th.-Gem. 601—700. Frollo B. S. Gr. 7 1/2 bis 10 (7.—).
Mittwoch, 27. April. * C 23. Th.-Gem. 1101—1200. Tänze. 8—10 (7.—).
Donnerstag, 28. April. * D 24 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 1201—1300. Der Patriot. 7 1/2—10 1/2 (5.—).
Freitag, 29. April. * B 24 (nicht Freitagmiete). Neueinstudiert: Die Entführung aus dem Serail von W. A. Mozart 8 bis 9. 10 1/2 (7.—).
Samstag, 30. April. * G 25. Th.-Gem. 1301—1525. Judith. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (5.—).
Sonntag, 1. Mai. * E 25. Th.-Gem. 1. S. Gr. Lohengrin. 8 bis 10 (8.—).
Montag, 2. Mai. Th.-Gem. 2. S. Gr. und 701—1000. 10. Sinfonie-Konzert. 8—10 (4.—).

Dienstag, 3. Mai. Volksbühne 8. Das Grab des unbekanntes Soldaten. 7 1/2 bis 9. 9 1/2 (5.—).

b) Im städt. Konzerthaus:
Sonntag, 24. April. * Kreuzfeuer. 7 1/2 bis 9. 10 (4.—).
Sonntag, 1. Mai. * Kreuzfeuer. 7 1/2 bis 9. 10 (4.—).

c) In der städt. Festhalle:
Montag, 25. April. 6. Volks-Sinfonie-Konzert: Beethoven: IX. Sinfonie. 8 bis 9. 10 (3.50).
Leitung: Josef Krings — Solisten: Mary von Ernst, Magda Spiegel a. G., Robert Dub, Franz Schuster.

Vorankündigung des Badischen Landestheaters
Mittwoch, 4. Mai. Einmaliges Gastspiel Max Ballenberg mit seiner Gesellschaft: Familie Schmelz von Gustav Kadelburg.

Sonntag, 8. Mai. Einmaliges Gastspiel Blauth: Die Fledermaus von Joh. Strauß

Vorrecht. a) Bei Vorstellungen Umtausch für Inhaber von Vorkaufstickets ab Samstag nachmittags 3 1/2 bis 6 Uhr.

b) Bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Blauthmieten mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9—12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Abteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf. Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Fernstr. 6288. An der Stadt: Hauptverkaufsstelle Musikalienhandlung Friz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und Reisebüro Hermann Neple, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Hagenhandlung Fr. Drumert, Kaiserallee 29 und Kaufmann Carl Holzschuh, Weidenplatz 48.

Deutsche Theater-Ausstellung Magdeburg
Mai — September 1927.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:
Kanzleihilfe Adolf Greiner beim Amtsgericht Karlsruhe zum Kanzleihilfen, Kanzleihilfin Elsa Häber beim Amtsgericht Weuchal zur Kanzlistin.

Befördert:
Gerichtsverwalter Philip Niebel beim Landgericht Mannheim zum Amtsgericht, Justizinspektor Jakob Böhm beim Amtsgericht Mannheim zur Staatsanwaltschaft und Justizobersekretär Haber Ziegler bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Landgericht daselbst, Justizinspektor Carl Bernauer beim Notariat Pforzheim zum Amtsgericht daselbst, Justizobersekretär Hermann Haas beim Notariat Nastatt zum Notariat Pforzheim, Justizassistent Artur Weingaß bei der Staatsanwaltschaft Pforzheim zum Notariat Nastatt, Kanzleiführer Christian Rang beim Notariat Offenburg zum Notariat Haslach.

Zuruhegesetzt:
Oberaufseher Lorenz Baum beim Bezirksgefängnis Nastatt.

Gestorben:
Justizassistent Albert Rothels bei der Direktion der Straf-anstalten in Weuchal.
Handelsteher Wilhelm Nicolay in Pforzheim.

Oeffentliche Sparkasse Stühlingen.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	11 826.66	1. Spareinlagen	493 535.87
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt	38 291.82	2. Giro- und Kontokorrent-Einlagen	81 739.48
3. Wertpapiere	39 403.—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	22 475.—	4. Anleihen- und andere Schulden	78 686.70
5. Darlehen auf Hypotheken, hierunter 21324.25 M. aufgewertete Hypotheken	519 715.25	5. Ausgaberrückstände	16 463.03
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	165 062.70	6. Rücklagen	—
7. Darlehen auf Schuldscheine	61 731.—	a) gesetzl. Reservefonds	—
8. Darlehen an Gemeinden	83 892.—	b) Sonderrücklage	—
9. Einnahmerückstände	3 895.45	c) Aufwertungsstock	267 687.27
10. Grundstücke u. Gebäude	2.—	7. Reingewinn vom Jahre 1926	8 203.53
11. Gerätschaften	1.—		
	946 295.88		946 295.88

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus RM 575 275.— Einlagen = RM 46 022.—
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = RM 24 686.56
Somit weniger RM 21 335.44

Stühlingen, den 3. März 1927. R. 374
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Der Geschäftsführer.
Stöcker. Fischer.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Böschbach ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben.
Karlsruhe, den 20. April 1927. D. 3. 49
Bezirksamt Abt. IV.

Aufgebot.
R. 367. Baden. Die Stadt Sparfasse Baden hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes des Grundbuchamtes Baden vom 17. März 1903 über die im Grundbuch Baden Band 141, Blatt 1408 III. Abt. Nr. 2 auf dem Grundstück Rgb. Nr. 545 der Gemarkung Baden, Richtentalerstr. 39, Eigentum der Stadt Sparfasse Baden, zu Gunsten der Frau Kaufmann Emil Gaa

Kraftloserklärung der Urkunde erfolgt wird.
Baden, 8. April 1927.
Der Gerichtsschreiber des Badischen Amtsgerichts.

Die Süddeutsche Gipshand-fabrik G. m. b. H. in Karlsruhe hat ihre Auflösung beschlossen. Als Liquidator fordere ich die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich zu melden.
R. 323.
Karlsruhe, 29. März 1927.
Der Liquidator:
Franz Koch.

Maurer-, Beton-, Eisen- und Straßenbauarbeiten für den Umbau der Begleüberführung bei Km. 30,270 der Bahn Karlsruhe—Mühlacker in Gutingen: etwa 40 cbm Abbruch, 40 cbm Mauerwerk, 30 cbm Beton, Einbau von etwa 12000 kg Flußeisen, Verlegen von 50 qm Isolierung, 30 cbm Erdbelegung, 100 qm Pflaster und 180 qm Straßenaussparung. Beding-nisheft mit Zeichnungen liegen in meinem Geschäfts-zimmer Nr. 1 auf, wo Ab-gabe der Angebotsvorbrude gegen 3.50 RM. erfolgt. Die Angebote sind verschlossen und postfrei mit der Aufschrift „Umbau der Begleüberführung Km. 30,270“ bis zum 2. Mai 1927, vormittags 9 Uhr, bei unter-zeichneter Dienststelle ein-zureichen. Zuschlagsfrist zwei Wochen. Karlsruhe, den 21. April 1927. Vor-stand des Reichsbahn-Bau-amts I. R. 369

COLOSSEUM
Heute 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr
Theater
künstlicher Menschen



Badisches Landestheater
Samstag, 23. April 1927
* E 24 Th.-Gem. 3. S. Gr.
Neu instudiert
Judith
von Friedrich Hebbel
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Judith	Fein
Holofernes	Dietl
	Bock
	Graf
	Kühne
	Müller
	Kienischer
	Brüder
	Kühne
	Osthold
	Mitza
	Ephraim
	Leitgeb
	v. d. Trenk
	Kienischer
	Graf
	Rehner
	Bock
	Gemmede
	Dr. Weidner
	Brüder
	Dahlen
	Hofbauer
	Ermath
	Kloeble
	Söder
	Betz
	Moest
	De Storz
	Osthold
	Center
	Frauenhofer
	Kühne
	Graf
Anfang 7	Ende 9 1/2
I. Speerstr. 5 M.	
So. 24. April nachmittags	
Tiefland — abends: Turandot	
Konzertsaal: Kreuzfeuer	

Dieser Tage wird in 2. ergänzter Auflage
lieferbar:

**Schutz der bei Bauten
beschäftigten Personen
gegen Berufsgefahren**

Verordnung des Ministeriums
des Innern und des Ministeri-
ums für Übergangswirtschaft
und Wohnungswesen vom
26. März 1919.

Wortlaut des Gesetzes
auf den neuesten Stand gebracht

Preis 50 Pfennig.

Verlag G. Braun in Karlsruhe
Karlsruherstraße 14

Die Stelle des
Assistenten
und zeitweiligen Stellvertreters des Direktors
des Städtischen Schlacht- und Viehhofes Seidel-
berg ist vorerst auf Privatdienstvertrag neu zu be-
setzen. Eintritt möglichst sofort. Besoldung nach
Gruppe X der Stadtbefoldungsordnung. Aufzählungs-
möglichkeit nach Gruppe XI nach zehnjähriger Dienst-
zeit. Auswärtige Dienstzeit kann angerechnet werden.
Die Ausübung von Privatpraxis ist verboten.
Erforderlich: Nachweis der Befähigung zu selbstän-
diger Arbeit in einem bakteriologischen Laboratorium,
möglichst längere Erfahrung in der Schlachthofstätigkeit.
Reflektanten, welche die badische staatsärztliche
Prüfung abgelegt haben bzw. gewillt sind, dieselbe im
Falle der Übertragung der genannten Stelle nachzu-
holen, wollen ausführliche Bewerbung mit Lebenslauf,
Eingabe der Gehaltsansprüche und des möglichen Zeit-
punktes des Dienstantritts bis spätestens **5. Mai 1927**
schriftlich an den Unterzeichneten richten. Persönliche
Vorstellung ist vorerst nicht erwünscht.
Seidelberg, den 20. April 1927. G. 323
Der Oberbürgermeister.